



Finanzgruppe
Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Diagnose Mittelstand 2018

Aufschwung fortsetzen –
Zukunftsfähigkeit für Mittelstand sichern



Drei von vier Unternehmen in Deutschland sind Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe. Beratung und Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft hierzulande sind Kerngeschäft der Sparkassen und Landesbanken. Für dieses Ziel setzen sie ihre Stärken ein – die genaue Kenntnis ihrer Kunden und deren persönlicher Situation ebenso wie die flächendeckende Präsenz in allen deutschen Regionen.

Mit der Diagnose Mittelstand 2018 legt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zum 17. Mal repräsentatives Datenmaterial zur Situation und zur Zukunft der mittelständischen Unternehmen in Deutschland vor.

1 Das Wichtigste auf einen Blick

Infrastruktur ausbauen, Steuersystem vereinfachen und Facharbeitermangel adressieren	3
---	----------

2 Im Fokus

Aufschwung fortsetzen – Zukunftsfähigkeit des Mittelstands sichern – Appell an die Politik	9
2.1 Fachkräftemangel als drängendste Herausforderung des Mittelstands	10
2.2 Im Firmenkundengespräch: Komplexität des Steuerrechts belastender als Höhe der Besteuerung	12
2.3 Ertragssteuer, Erbschaftssteuer, Gewerbesteuer und die Energiebesteuerung sind Gesprächsthemen	12
2.4 Besteuerung ist Hindernis bei Unternehmensnachfolge	13
2.5 Steuerreformmaßnahmen: Mittelstand plädiert für höhere staatliche Investitionen und steuerliche Entlastung der Unternehmen	17

3 Wirtschaftliche Lage

Aktuelle wirtschaftliche Lage im und Ausblick für den deutschen Mittelstand	21
3.1 Aktuelle Geschäftslage und Ausblick für 2018: Einmalig positives wirtschaftliches Klima	21
3.2 Ertragslage bestätigt: Mittelstand auf solider Grundlage	23
3.3 Sicheres Fundament für Mittelstand: die Eigenkapitalausstattung	29
3.4 Investitionsmotive und Investitionshemmnisse	32

4. Die Grundlagen

Quellen und Methoden	37
4.1 Die Quellen	37
4.2 Die Kennziffern	39
4.3 Die Berechnungsverfahren	41

1 Das Wichtigste auf einen Blick



Infrastruktur ausbauen, Steuersystem vereinfachen und Facharbeitermangel adressieren

Die Lage im deutschen Mittelstand ist ebenso hervorragend wie die gesamtwirtschaftliche Situation und die öffentliche Finanzlage in Deutschland. Die neue Ausgabe der Diagnose Mittelstand belegt diese Konstellation: Verschlechterungen der Geschäftslage gegenüber dem Vorjahr werden aus keiner einzigen Region gemeldet. Ein solch einhelliges Ergebnis hat es in der Historie der Befragungen der Diagnose noch nie gegeben. Mehr als die Hälfte der Einschätzungen meldet eine Verbesserung zwischen Sommer 2016 und Sommer 2017, die verbleibende knappe Hälfte ein „unverändert“.

Und auch zukunftsgerichtet, für 2018, wird mit großer Mehrheit erwartet, dass die Lage im Mittelstand mindestens unverändert gut bleibt (83 Prozent) oder sich sogar noch weiter verbessert (gut 14 Prozent).

Für den Umgang mit den staatlichen Haushaltsüberschüssen gibt die Diagnose Mittelstand klare Hinweise zu den Erwartungen und Prioritäten des Mittelstandes – ein Aspekt, der gerade mit Blick auf die neue Legislaturperiode der neuen Koalition auf Bundesebene von hohem Interesse ist. Vorrang sollte der Ausbau der staatlichen Infrastruktur genießen. Erst danach wünschen sich die Mittelständler steuerliche Entlastungen. Sie sehen ein Problem auch nicht in erster Linie in der Höhe der Steuern, sondern vielmehr in deren Komplexität. Hier sollte vereinfacht werden.

Bei einer breiteren Betrachtung aller mittelstandsrelevanten Rahmenbedingungen zeigt sich aber, dass es ein zentrales Thema gibt, das den Mittelstand zunehmend umtreibt: die Verfügbarkeit von Fachpersonal.

Dieses Thema wird in der Befragung der diesjährigen Diagnose als dringendster Brennpunkt genannt. Engpässe bei der Rekrutierung qualifizierten Personals werden stets an erster Stelle angesprochen. Dabei ist es egal, ob es um die generellen betriebswirtschaftlichen Themenfelder des Mittelstands geht (dort in fast der Hälfte der Fälle auf dem ersten Platz von zwölf Themen) oder ob gezielt nach Hemmnissen einer verstärkten Investitionstätigkeit gefragt wird (dort wird Fachkräftemangel von 46 Prozent genannt).

Die Bilanzen des deutschen Mittelstandes zeigen sich aktuell in einem sehr aufgeräumten und komfortablen Zustand. Teil der Diagnose Mittelstand ist regelmäßig die Auswertung der Bilanzdatensammlung der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie ist mit bis zu 300.000 Abschlüssen pro Jahr die größte systematisch analysierbare Datenbank dieser Art in Deutschland.

Auf Grundlage der bisher vorliegenden Jahresabschlüsse zum Bilanzjahrgang 2016 errechnet sich im vorläufigen Mittel zwar ein leichter Rückgang der Umsatzrentabilität (auf 7,4 Prozent als Median). Doch der endgültige Wert wird nach allen Erfahrungen der Vorjahre nach Eingang aller Bilanzen noch ein Stück besser ausfallen. Und auch auf dem einstweiligen Niveau zeigt der Wert im langjährigen Vergleich eine gute Ertragslage an. Ähnliches ergibt sich aus den Trends der anderen in der Diagnose verwendeten Kennzahlen zur Ertragslage (Gesamtkapitalverzinsung, Personalaufwandsquote).

Noch robuster zeigt sich die Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes. Die Eigenkapitalquote ist erneut kräftig angestiegen: Der Median der bisher vorliegenden Mittelstandsbilanzen aus dem Jahr 2016 liegt bei 28,3 Prozent (gegenüber endgültigen 24,2 Prozent 2015).

Auf dieser Basis hat der Mittelstand genug Kraft, um seine Investitionen im Aufschwung zu verstärken. Und dies ist ein weiteres, besonders erfreuliches Ergebnis der Diagnose: Der deutsche Mittelstand kennt derzeit praktisch keine Finanzierungshürden. Ein guter Zugang zu Investitionsmitteln ist flächendeckend – auch dank Sparkassen und Landesbanken – gewährleistet.

Ergebnisse



57,2 %

der Firmenkundengespräche zum
Thema Steuern betreffen die
Komplexität der Besteuerung

80 %

des Mittelstandes sehen den
Fachkräftemangel als drängendste
Herausforderung für die Zukunft an

Verbesserung der
Eigenkapitalquote (in %)

24,2 → 28,3

2015

2016

2 Im Fokus

	Aufschwung fortsetzen – Zukunftsfähigkeit des Mittelstands sichern – Appell an die Politik	9
2.1	Fachkräftemangel als drängendste Herausforderung des Mittelstands	10
2.2	Im Firmenkundengespräch: Komplexität des Steuerrechts belastender als Höhe der Besteuerung	12
2.3	Ertragssteuer, Erbschaftssteuer, Gewerbesteuer und die Energiebesteuerung sind Gesprächsthemen	12
2.4	Besteuerung ist Hindernis bei Unternehmensnachfolge	13
2.5	Steuerreformmaßnahmen: Mittelstand plädiert für höhere staatliche Investitionen und steuerliche Entlastung der Unternehmen	17



Aufschwung fortsetzen – Zukunftsfähigkeit des Mittelstands sichern – Appell an die Politik

Der Start der neuen Legislaturperiode nach der Bundestagswahl im September 2017 bietet die Chance, die Weichenstellung auf eine mittelstandsgerechte Politik zu legen. Die wirtschaftliche Dynamik in den letzten Jahren hat dafür die Voraussetzungen geschaffen:

Nach 1,9 Prozent Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 2016 und prognostizierten 1,9 Prozent für 2017 und 2,0 Prozent für 2018 (Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute) handelt es sich um einen der längsten Aufschwünge in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Im Jahresdurchschnitt 2017 waren zweieinhalb Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Damit konnte die Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt vom Ausgangsniveau bei rund fünf Millionen Arbeitslosen etwa halbiert werden. Und vor allem: Mit 44 Millionen Erwerbstätigen konnte aktuell eine Rekordbeschäftigung erreicht werden. Bis einschließlich

2007 lag die Erwerbstätigkeit in Deutschland noch unterhalb der 40-Millionen-Grenze. Und nach Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2018 erstmals seit der Wiedervereinigung auf unter 2,5 Mio. sinken – bei gleichzeitigem Anstieg der Beschäftigung bis 2019 auf über 45 Mio. Erwerbstätige.

Die öffentlichen Haushalte erzielen spürbare Überschüsse, die grundsätzlich Spielräume für Abgabensenkungen (bei Steuern und/oder Sozialabgaben), für weiteren Schuldenabbau sowie für staatliche Investitionen (etwa in der öffentlichen Infrastruktur) eröffnen. Diese Spielräume sollten aber so genutzt werden, dass sich die ökonomischen Rahmenbedingungen verbessern. Denn trotz des schwunghaften Wachstums stehen insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen vor immensen Herausforderungen.

2.1 Fachkräftemangel als drängendste Herausforderung des Mittelstands

Die Diagnose hat die derzeit drängendsten Themen der mittelständischen Firmenkunden erfragt. Die Antworten fallen eindeutig aus: Die Verfügbarkeit von Fachpersonal und Auszubildenden stellt den Mittelstand vor die größte Herausforderung.

Fast 80 Prozent der Antworten sehen dieses Thema zumindest als eine der drei größten Herausforderungen der mittelständischen Wirtschaft an. Nur fünf Prozent der Antworten werten die Verfügbarkeit von Fachpersonal und Auszubildenden auf Priorität sechs oder mit noch geringerer Bedeutung. Dies unterstreicht zusätzlich die Handlungsnotwendigkeiten bei der Sicherstellung qualifizierten Personals für die Zukunftsfähigkeit des Mittelstands. Die Anspannungen am Arbeitsmarkt gehören im Mittelstand längst zur Tagesordnung: Immer mehr offene Stellen warten auf Besetzung, und die Besetzungsverfahren dauern deutlich länger.

Die Digitalisierung des Mittelstands, auch als „Wirtschaft 4.0“ oder „Smart Industry“ bezeichnet, ist aus Sicht der Sparkassen das für den Mittelstand zweitwichtigste Thema. Nicht ohne Grund hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband dies als Schwerpunkt

der letzten Diagnose Mittelstand behandelt. 44 Sparkassenexperten nennen die Digitalisierung sogar als wichtigstes Thema, für 66 Sparkassen ist es das zweitwichtigste Thema und weitere 45 Nennungen setzen die Digitalisierung auf Platz drei.

An dritter Stelle der Herausforderungen für die mittelständische Wirtschaft wird von den Sparkassen der Wettbewerbsdruck genannt – für eine marktwirtschaftliche Wettbewerbswirtschaft eigentlich nicht verwunderlich. 41 Prozent der Antworten sehen die Konkurrenzsituation auf einem der ersten drei Plätze, was die Herausforderungen des Mittelstands angeht. Gerade der intensive Wettbewerbsdruck erfordert kontinuierliche Investitionen in Erneuerung, Ersatz und Ausbau der Maschinen und Anlagen.

Auf überdurchschnittlichen Plätzen hinsichtlich der prioritären Themen liegen die regulären Marktaktivitäten der Erschließung neuer Märkte und neuer Kundengruppen (Platz vier) sowie die Entwicklung neuer Produkte (Priorität sechs). Beide Themen betreffen die Zukunftsfähigkeit des Mittelstands: Ohne Erschließung neuer Märkte, ohne neue Produkte und ohne neue Kundengruppen – keine Zukunft des Mittelstands!

Betriebliche Themen geordnet nach der Bedeutung für Firmenkunden der Sparkassen

1	Verfügbarkeit von Fachpersonal/Auszubildenden
2	Digitalisierung
3	Wettbewerbsdruck
4	Erschließung neuer Märkte/neuer Kundengruppen
5	Bürokratische Belastung
6	Entwicklung neuer Produkte
7	Arbeitskosten/Mindestlohn
8	Energiekosten
9	Steuerbelastung
10	Umweltschutz
11	Finanzierungsfragen
12	Formalien bei der Einstellung ausländischer Mitarbeiter

Die Erschließung neuer Märkte und Kundengruppen wird von rund 30 Prozent der Befragten als eine der drei größten Herausforderungen des Mittelstands angesehen. Die Entwicklung neuer Produkte wird von allen Experten auf Platz sechs der Herausforderungen für den Mittelstand gesehen.

Als fünftgrößte Herausforderung wird für den Mittelstand die bürokratische Belastung genannt. Bei diesem Thema ergeht der Appell an die Politik: Die Begrenzung der bürokratischen Lasten kommt in Deutschland am stärksten den kleinen und mittleren Betrieben zugute. Mittelständische Unternehmen haben in der Regel keine großen Personal- und Steuerabteilungen, die die bürokratischen Belastungen „abarbeiten“ können. Vermeidung bürokratischer Lasten ist die beste Mittelstandspolitik!

Als weitere (Kosten-) Belastungen werden Arbeitskosten/Mindestlohn sowie die

Steuerbelastung gesetzt. Die absolut meisten Hinweise bezüglich der Steuerbelastung finden sich auf den Prioritätenplätzen acht bis elf. Klarer Hinweis: Die Steuerbelastung hat für den Mittelstand eine eher geringe Bedeutung, dies gilt in gleicher Weise für den Umweltschutz.

Auf Platz elf der generellen Bedeutung für die mittelständische Wirtschaft – und damit als zweitunwichtigstes Thema – werden Finanzierungsfragen gemeldet. Dies ist vor dem Hintergrund der vorwiegend kreditfinanzierten Investitionen des Mittelstands ein herausragendes Ergebnis: Finanzierungen stellen für die kleinen und mittleren Unternehmen kein Hemmnis dar. Und: Der Mittelstand kann sich der Beratungs- und Finanzierungsleistungen der Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe auch weiterhin sicher sein!

Für den Mittelstand sind Formalien bei der Einstellung ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein bedeutsames Thema. Insgesamt dürfte das Thema vor dem Hintergrund der Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte an Bedeutung aber zunehmen. Und auch die Integration geflüchteter Menschen in die Arbeitswelt, bei der kleine und mittlere Unternehmen besondere Verantwortung übernehmen, dürfte dem Thema mehr Gewicht geben.

2.2 Im Firmenkundengespräch: Komplexität des Steuerrechts belastender als Höhe der Besteuerung

Wenn Steuerfragen im Gespräch mit Firmenkunden thematisiert werden, geht es bei der übergroßen Anzahl der Fälle um die Komplexität des Steuerrechts. Dies geben gut 57 Prozent der Experten bundesweit an. Die Höhe der Besteuerung wird von knapp einem Drittel als Gesprächsthema genannt. Die Behandlung konkreter Steuern im Firmenkundengespräch spielt mit gut fünf Prozent der Antworten eine untergeordnete Rolle. Beim Bundesländervergleich zeigen sich jedoch einige Abweichungen. So bewerten die Experten in Berlin/Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Höhe der Besteuerung als das gegenüber der Steuerkomplexität häufiger besprochene Thema. In Sachsen werden beide Themen mit jeweils

häufiger Nennung gleich häufig besprochen, und im Saarland wird der Anteil der „Höhe der Besteuerung“ und der „Komplexität des Steuerrechts“ mit jeweils 40 Prozent der Nennungen angegeben, die restlichen 20 Prozent entfallen auf konkrete Steuern, die im Firmenkundengespräch thematisiert werden.

Die Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung wird nur von knapp fünf Prozent der Befragten als Thema genannt. In den einzelnen Regionen fallen die Bewertungen zwar leicht unterschiedlich aus. Wirklich hohe Quoten werden aber nirgends erreicht. Dies ist ein gutes Zeichen: Offenkundig funktioniert die operative Zusammenarbeit mit den Behörden in der Breite des Landes sehr gut.

2.3 Ertragssteuer, Erbschaftssteuer, Gewerbesteuer und die Energiebesteuerung sind Gesprächsthemen

Nur in fünf Prozent aller Beratungsgespräche zwischen Firmenkundenberatern der Sparkassen mit ihren mittelständischen Unternehmen wird über konkrete einzelne Steuern gesprochen. Die interessante, sich anschließende Frage: Wenn über Steuerfragen gesprochen wird, über welche?

Als häufigste Steuerarten werden die Ertragssteuern besprochen: Fast 39 Prozent der

Expertenantworten entfallen auf diese Steuern. Das ist nicht verwunderlich: Denn gerade bei den vorrangig als Personengesellschaften firmierten kleinen und mittleren Unternehmen unterliegen die Gesellschafter mit ihren Gewinnanteilen der Einkommenssteuer. Neben der Einkommenssteuer und dem Solidaritätszuschlag gehört die Körperschaftsteuer als Besteuerung der Einkommen von inländischen juristischen Personen zu den Ertragssteuern. Dieser Block ist mithin auch vom Umfang der bedeutendste der hier einschlägigen Steuerarten.

Als weitere Steuerarten in den Gesprächen mit den Firmenkunden werden mit einem Anteil von jeweils rund einem Fünftel der Nennungen die Erbschaftssteuer sowie die Gewerbesteuer genannt. Mit einem Anteil von knapp zehn Prozent der Antworten wird die Energiebesteuerung aufgeführt. Den übrigen Steuern wie Umsatzsteuer, güterspezifischen Verbrauchssteuern (Mineralöl oder Tabak) oder der Grundsteuer kommt in den Firmenkundendialogen bundesweit relativ wenig Bedeutung zu – mit Ausnahmen:

Güterspezifische Verbrauchssteuern sind nur in einzelnen Bundesländern ein größeres Thema.

2.4 Besteuerung als Hindernis bei Unternehmensnachfolge

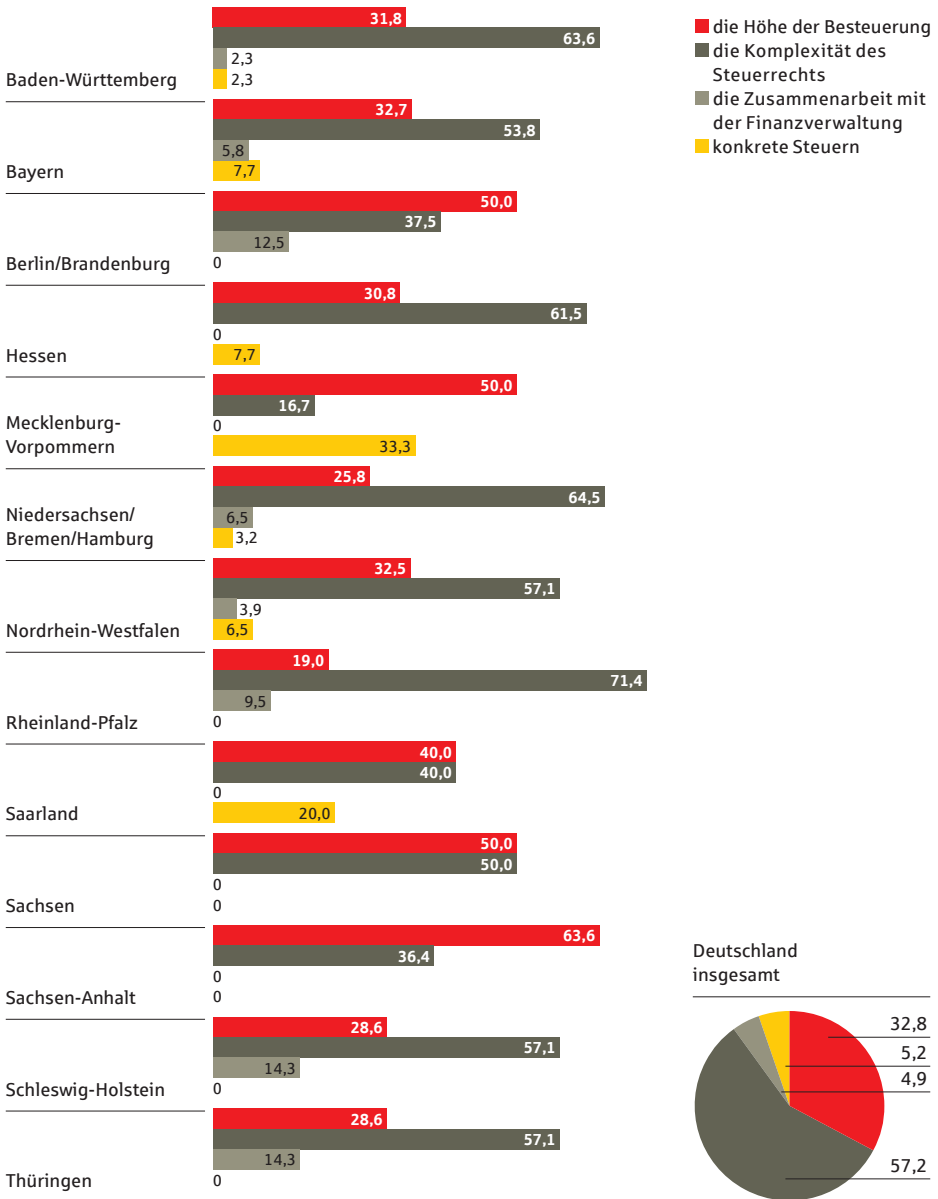
Unabhängig von der Notwendigkeit einer staatlichen Besteuerung von unternehmerischen Leistungen schränken Steuern die Handlungsfreiheiten der kleinen und mittleren Unternehmen ein. Die Experten wurden nach den betrieblichen Konsequenzen der Besteuerung ihrer Firmenkunden befragt.

Eindeutig gilt: Die Besteuerung bzw. das Fehlen einer steuerlichen Forschungsförderung stellt kein generelles Hemmnis für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in den Betrieben dar. Nur eineinhalb Prozent der Experten bundesweit geben ein solches Hemmnis zu Protokoll.

Ebenso eindeutig: Mit einem Anteil der Nennungen in Höhe von 43,7 Prozent haben Steuern die größten Auswirkungen auf Unternehmensübergaben bzw. Unternehmensnachfolgen. Die Besteuerung wird dabei als Hindernis gesehen. Sogar 53,8 Prozent der Experten in Hessen und gut die Hälfte der Experten in Bayern (50,6 Prozent) thematisieren das steuerliche Hindernis.

Ausscheidende Unternehmer und deren Nachfolger können im Rahmen einer Unternehmensnachfolge mit erheblichen Steuerbelastungen konfrontiert werden. Mögliche

Wenn Steuerfragen im Gespräch mit Firmenkunden thematisiert werden, geht es vor allem um ...
 Anteil der Nennungen in Prozent



Abweichungen der Summe von 100 Prozent aufgrund von Rundungen

Werden konkrete einzelne Steuerarten im Firmenkundengespräch benannt, dann am häufigsten
in Prozent aller Nennungen

- Ertragssteuern
- Gewerbesteuern
- Umsatzsteuer
- Güterspezifische Verbrauchssteuern
- Energiebesteuerung
- Grundsteuer
- Erbschaftssteuer
- andere

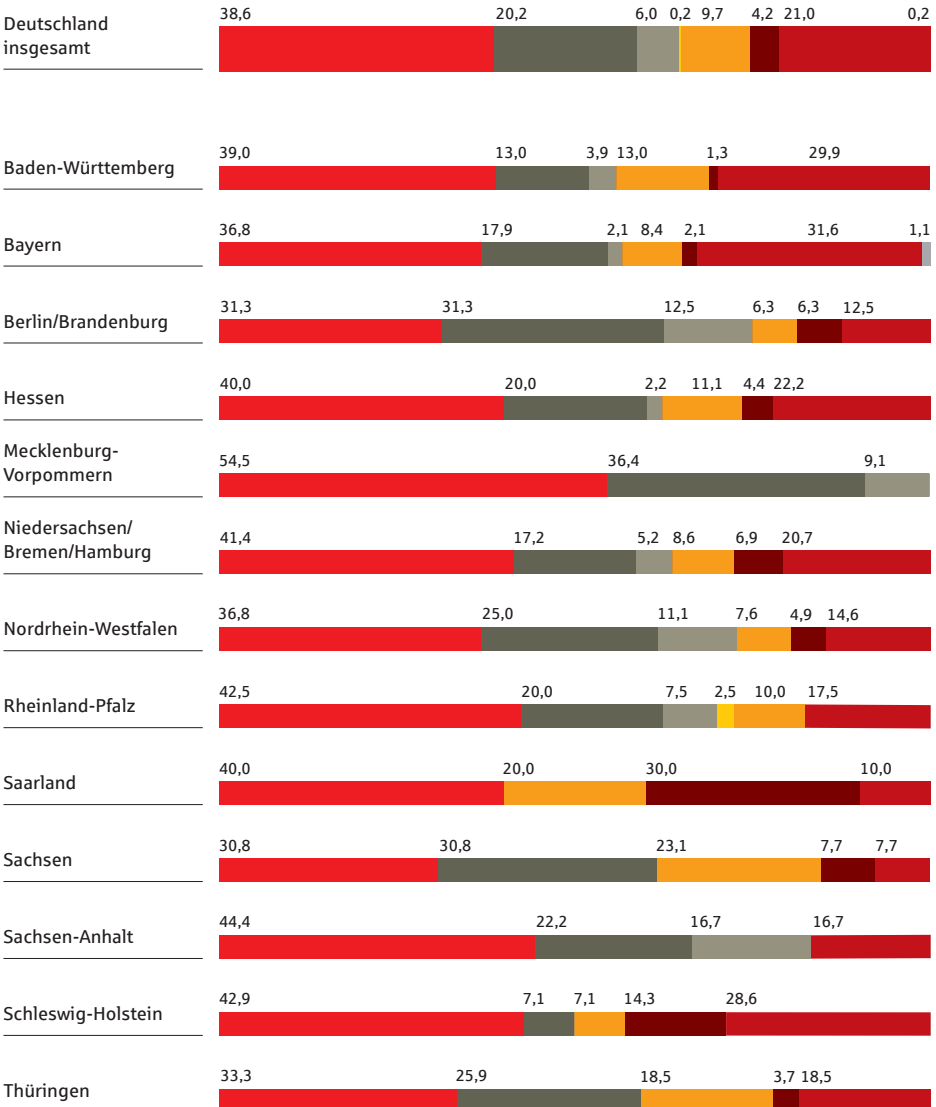
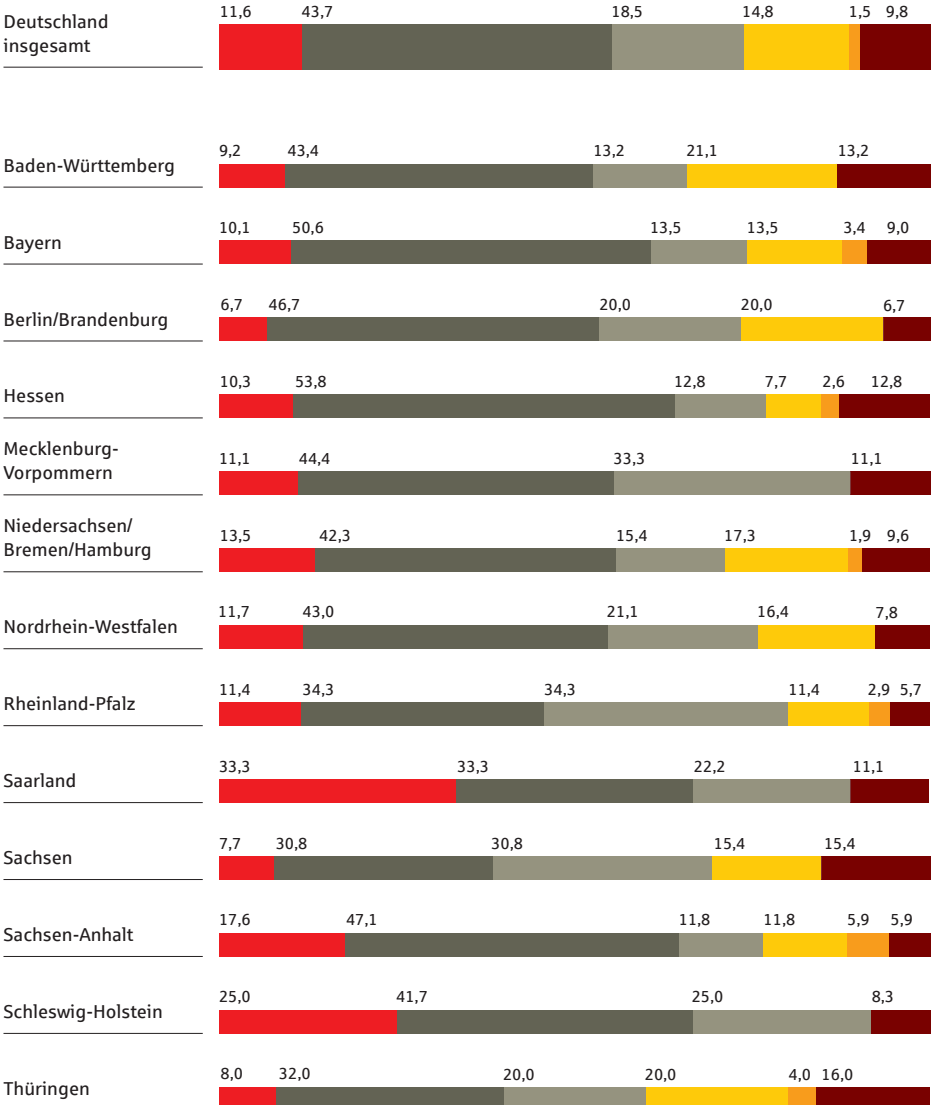


Abbildung 2

Bei der Diskussion bezüglich der Besteuerung sorgen sich die Firmenkunden vor allem um folgende betriebliche Konsequenzen: in Prozent aller Nennungen

- Investitionen
- Übergabe/ Unternehmensnachfolge
- Managementkapazitäten/ bürokratischer Aufwand
- Pensionszusagen/ Betriebsrenten
- Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
- Umstrukturierungen



Steuerarten sind dabei Erbschafts- und Schenkungssteuer, Einkommenssteuer sowie Grunderwerbssteuer, die je nach Form der Eigentumsübertragung zu entrichten sind. Eine derartige Steuerbelastung kann einerseits die Altersversorgung des Übergebers einschränken, andererseits die Existenz des Unternehmens gefährden.

Der Fortbestand des Unternehmens ist insbesondere dann bedroht, wenn die mit der Unternehmensnachfolge verbundenen Steuern aus der Substanz der Unternehmen gezahlt werden müssen und damit die Liquidität einschränken oder sogar zum Verkauf einzelner Unternehmensteile führen. Die steuerlichen Regelungen müssen so gestaltet sein, dass sie den Unternehmensbestand, die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze und das betriebliche Know-how erhalten. Dazu könnten flexible Elemente wie eine „Stundung“ oder ähnliches dienen, um Einmaleffekte zu verhindern.

Als zweitwichtigste Konsequenz der Besteuerung wird nach der Behinderung der Unternehmensnachfolge die Bindung von Managementkapazitäten/bürokratischer Aufwand genannt. Dies deckt sich mit dem Ergebnis, dass 57,2 Prozent der Experten die Komplexität des Steuerrechts als Gesprächsthema hervorgehoben haben.

Auswirkungen auf Pensionszusagen und Betriebsrenten werden insgesamt am dritthäufigsten genannt, wenn es um steuerliche Konsequenzen für Unternehmen geht. Mehr als jeder zehnte Experte stuft Steuern als Erschwernis für Sachkapital-Investitionen ein. Immerhin noch jeder zehnte Experte erkennt betriebliche Konsequenzen bei Umstrukturierungen aufgrund steuerlicher Verzerrungen.

2.5 Steuerreformaßnahmen: Mittelstand plädiert für höhere staatliche Investitionen und steuerliche Entlastung der Unternehmen

Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung am Standort Deutschland wird sowohl in den betriebswirtschaftlichen Kennziffern der Sparkassen-Firmenkunden als auch in der aktuellen Befragung bestätigt. Und die gute Lage macht sich auch in der Staatskasse bemerkbar. Die politischen Diskussionen darüber, wie die Milliardenüberschüsse verwandt werden sollten, laufen bereits.

Für die Sparkassen-Finanzgruppe ist klar: Nutznießer der Spielräume müssen auch die Betriebe und Unternehmen sein, die intensiv daran mitgewirkt haben: der deutsche Mittelstand. Das erhält und verstärkt die positiven Trends dann über weiteres Wachstum, Wohlstand und gesicherte Beschäftigung.

Und in der Tat: Die Firmenkundenberater bestätigen in der diesjährigen Expertenbefragung eine entsprechende Erwartung der kleinen und mittleren Unternehmen. Mehr als zwei Drittel der Experten setzen sich für höhere staatliche Investitionen sowie für eine steuerliche Entlastung der Unternehmen ein. Klare Priorität erhalten mit einem Anteil von 38,4 Prozent die staatlichen Infrastrukturinvestitionen.

Hierbei sind Investitionen beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, den Ausbau des schnellen Internets sowie digitaler Netze dringend erforderlich. Diese stellen die für die Unternehmen notwendigen Rahmenbedingungen für ihre Konkurrenzfähigkeit dar. Denn nur wenn gute staatliche Infrastrukturen in allen Regionen und nicht nur in Ballungsräumen zur Verfügung stehen, kann flächendeckend Chancengleichheit existieren. Die Sparkassen, die selbst Teil der in Deutschland überall dezentral wirkenden Infrastruktur sind, wissen um die Bedeutung dieses Aspekts.

Mit einem Anteil von rund 30 Prozent und damit fast zehn Prozentpunkten hinter der Forderung nach mehr staatlicher Infrastrukturmaßnahmen zeigen die Experten eine notwendige steuerliche Entlastung der Unternehmen auf.

Aus dem schon vorgestellten allgemeinen Teil ist deutlich geworden, dass es den mittelständischen Betrieben nicht in erster Linie um die Höhe der Besteuerung geht. Viel wichtiger ist für sie die Komplexität des Steuerrechts. Und die Antworten auf die Fragen in

diesem Kapitel zeigen, dass es den Firmenkunden auch nicht prioritär um eine quantitative steuerliche Entlastung geht. Vielmehr geht es den kleinen und mittleren Unternehmen um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ihr wirtschaftliches Handeln.

Insofern gelten als wichtige Reformanliegen des Mittelstands, die Komplexität des Steuerrechts abzubauen und eine funktionierende Infrastruktur als staatliche Aufgabe sicherzustellen.

Auf Platz drei der Forderungen zur Verwendung des staatlichen Finanzierungsüberschusses folgt – mit Abstand zu den beiden ersten Plätzen – der Hinweis auf einen forcierten Abbau der Staatsverschuldung. Mehr als jeder zehnte Experte will die Finanzierungsüberschüsse des Staates dafür verwenden: Gut 14 Prozent der Experten halten dies für vorrangig.

Mit den staatlichen Finanzierungsüberschüssen wollen gut fünf Prozent der Experten eine verbesserte Forschungsförderung finanzieren.

Die wenigsten Experten wollen mit den Finanzierungsüberschüssen des Staates eine Stärkung der sozialen Sicherungssysteme finanzieren. Nur gut vier Prozent der Befragten bundesweit geben diese Antwort. Und auch diese Stimmen meinen mit ihrem Votum zu meist nicht einen Ausbau von sozialen Wohltaten, sondern eine Festigung der Systeme angesichts der demografischen Perspektiven.

Wie sollte mit Finanzierungsüberschüssen der öffentlichen Haushalte umgegangen werden? Die Überschüsse sollten vorrangig eingesetzt werden für ...
in Prozent aller Nennungen

- steuerliche Entlastung der Unternehmen
- steuerliche Entlastung der privaten Haushalte
- höhere staatliche Investitionen, z. B. Verkehrsinfrastruktur
- verbesserte Forschungsförderung
- Stärkung der soz. Sicherungssysteme
- Abbau der Staatsverschuldung

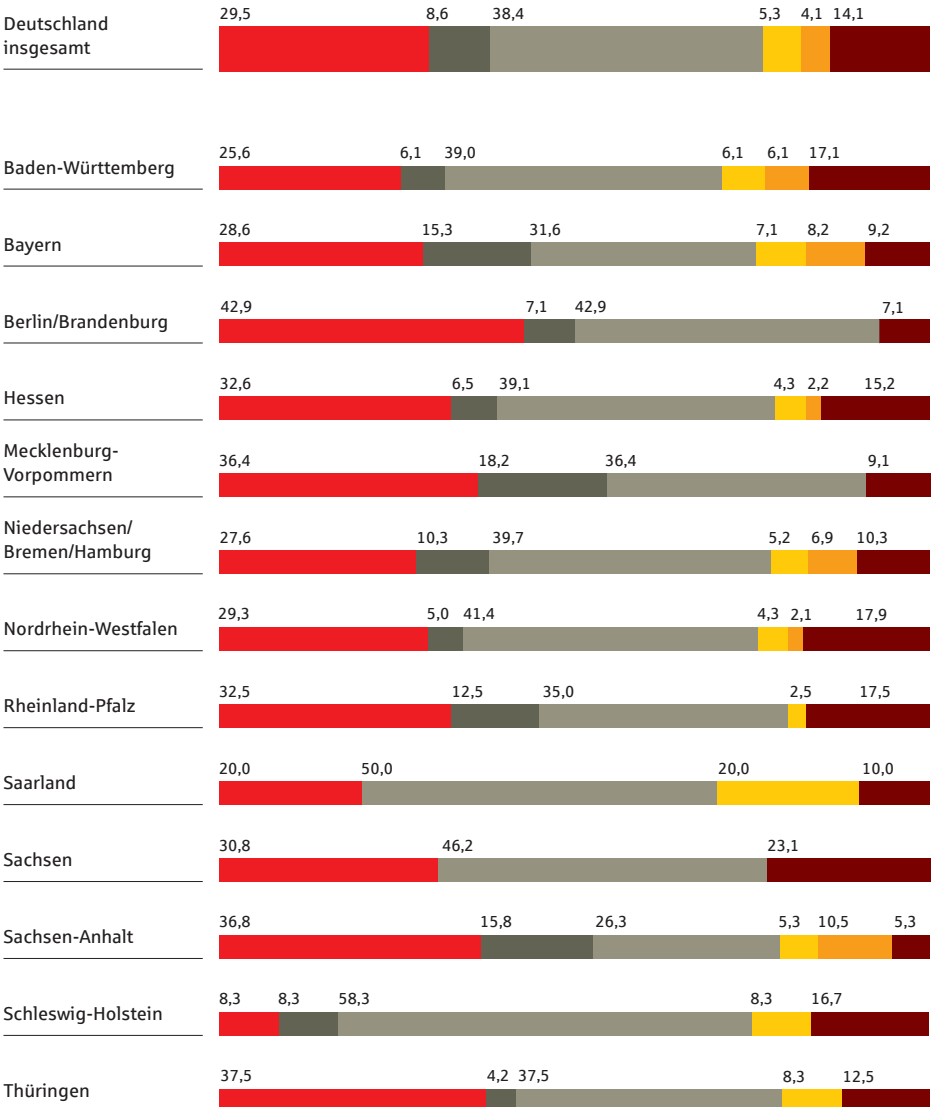


Abbildung 4

3 Wirtschaftliche Lage

Aktuelle wirtschaftliche Lage im und Ausblick für den deutschen Mittelstand	21
3.1 Aktuelle Geschäftslage und Ausblick für 2018: Einmalig positives wirtschaftliches Klima	21
3.2 Ertragslage bestätigt: Mittelstand auf solider Grundlage	23
3.3 Sicheres Fundament für Mittelstand: die Eigenkapitalausstattung	29
3.4 Investitionsmotive und Investitionshemmnisse	32



Aktuelle wirtschaftliche Lage im und Ausblick für den deutschen Mittelstand

3.1 Aktuelle Geschäftslage und Ausblick für 2018: Einmalig positives wirtschaftliches Klima

Ausgehend von der aktuellen Geschäftslage der Sparkassen-Firmenkunden zeichnet die Expertenbefragung auch die Erwartungen für das Jahr 2018: Für beide Fragen lässt sich Einmaliges berichten.

Kein einziger Sparkassenexperte bundesweit sieht im Jahresvergleich Spätsommer 2017 zum Vorjahresraum eine Verschlechterung bei seinen mittelständischen Firmenkunden. Ein solch einhelliges Votum hat es hier über alle Regionen hinweg noch nie gegeben. Und nur 2,6 Prozent der Experten erwarten im Jahresverlauf 2017/2018 eine eher verschlechterte Geschäftslage der mittelständischen Firmenkunden. Die gute Lage bleibt also erhalten.

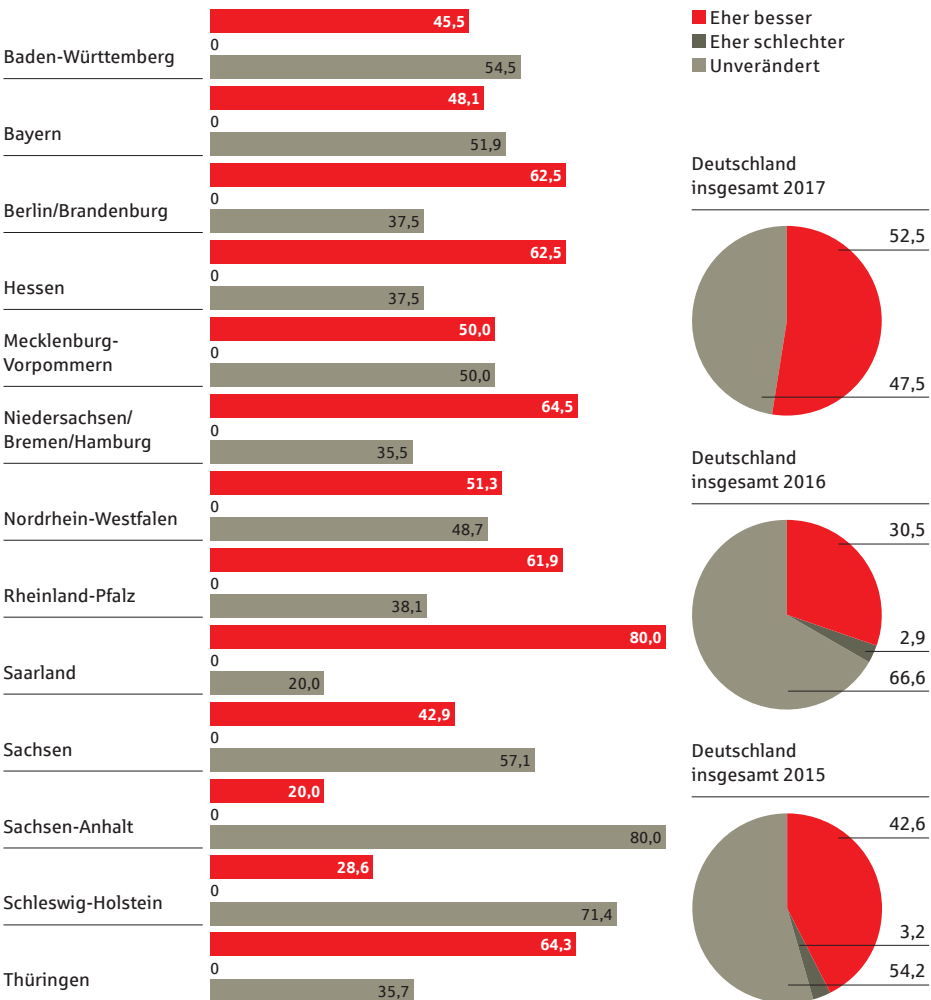
Und es geht keineswegs nur seitwärts weiter. Vielmehr werden in nennenswertem Umfang weitere Verbesserungen gemeldet und erwartet. 2016 auf 2017 erkennt in etwa die

Hälfte der Experten jeweils eine Verbesserung bzw. eine unveränderte Geschäftslage der mittelständischen Wirtschaft. 52,5 Prozent der Experten geben eine Verbesserung, 47,5 Prozent der Experten eine unveränderte Geschäftslage zu Protokoll.

Die eindeutig stärkste Verbesserung der Geschäftslage wird den mittelständischen Firmen im Saarland bescheinigt: Acht von zehn befragten Sparkassenexperten berichten von einer Verbesserung bei ihren Firmenkunden im Jahresverlauf 2016 auf 2017. Umgekehrt die Antworten in Sachsen-Anhalt. In diesem Bundesland attestieren die Sparkassen ihren mittelständischen Kunden zu 80 Prozent eine unveränderte Geschäftslage, die restlichen 20 Prozent sehen eine verbesserte Situation.

Die positiven Erwartungen werden sich nach Ansicht der Fachleute auch im Jahr 2018 fortsetzen: **Die Sparkassen sehen für den Mittelstand positiv ins Jahr 2018.**

Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Kundenunternehmen im Vergleich zum Vorjahr
in Prozent der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 Prozent aufgrund von Rundungen

Nur 2,6 Prozent der Sparkassen sehen eine eher schlechtere Geschäftslage ihrer Kunden für das Bilanzjahr 2018. Demgegenüber schätzen gut 14 Prozent der Experten die weitere Geschäftslage des Mittelstands als eher besser ein. Die große Mehrheit der Sparkassen geht mit 83 Prozent von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Nach den schon guten Vergleichszahlen von 2016 auf 2017 lässt sich die „unverändert“-Einschätzung als „unverändert gut“ charakterisieren.

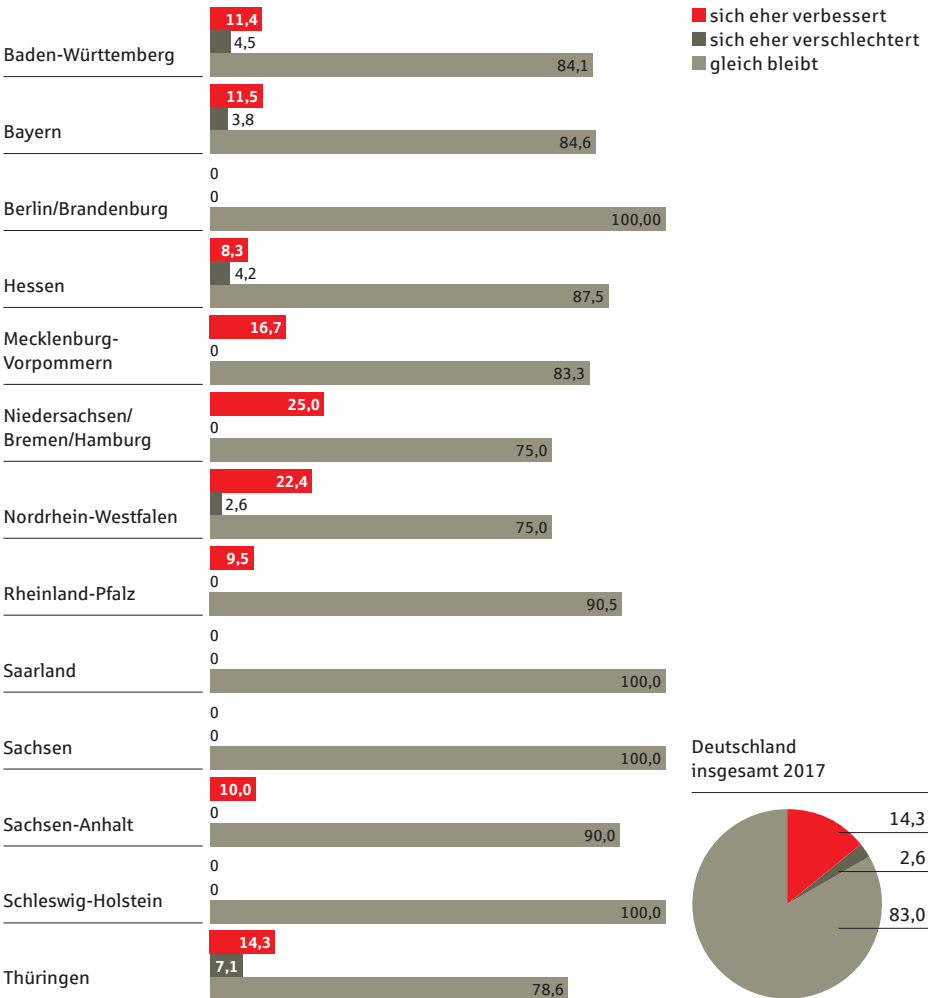
3.2 Ertragslage bestätigt: Mittelstand auf solider Grundlage

Auf Grundlage der stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnte der Mittelstand seine Ertragslage weiter solide stabilisieren. Die hier ausgewerteten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen werden als Mediane ausgewiesen. Dies führt im Detail zu etwas anderen Ergebnissen als im anders gewichtenden und stärker aggregierenden Mittelstands-Fitnessindex „Zukunft Mittelstand“ des DSGV vom September 2017. Aber auch wenn die vorläufigen Trends hier im Vergleich mit den vollständigen Vorjahresbilanz-Sammlungen einstweilig eine Idee schwächer aussehen, ist die Botschaft die gleiche: **Ertrags- und Finanzierungslage des deutschen Mittelstandes sind derzeit hervorragend.**

Die **Umsatzrentabilität** liegt im Mittelstand nach den vorläufigen Werten des Bilanzjahres 2016 bei 7,4 Prozent. Die Zahl der mittelständischen Unternehmen, die keinen Gewinn realisieren bzw. Verluste ausweisen, ist gegenüber dem Vorjahr leicht auf 17,1 Prozent gestiegen. Beim längerfristigen Vergleich zeigt sich damit sowohl beim Median wie auch bei der Nullpunktquote ein Andocken an Werte zu Beginn des Jahrzehnts. So lagen beispielsweise die Umsatzrentabilität im Bilanzjahr 2012 bei 7,7 Prozent und die Nullpunktquote bei 17,7 Prozent.

Bei Kleinunternehmen beträgt die Umsatzrendite 14,9 Prozent – im Vergleich zu 15,3 Prozent 2015. Damit einher geht ein Anstieg bei der Anzahl von Kleinunternehmen, die keine Gewinne oder sogar Verluste ausweisen. In der Größenklasse bis zu einer Mio. Euro Jahresumsatz liegt dieser Anteil in der vorläufigen Auswertung bei fast 20 Prozent und damit um zwei Prozentpunkte über dem Wert des Bilanzjahres 2015. Bei mittleren Unternehmen, die im Jahr einen Umsatz von einer bis zu 50 Mio. Euro erarbeiten, liegt die Umsatzrentabilität mit 5,3 Prozent annähernd auf dem Niveau der Vorjahre. Auch die Anzahl der Unternehmen ohne Gewinn bzw. mit Ausweis eines Verlustes liegt in dieser Größenklasse mit rund 15 Prozent 2016 auf Höhe des vorherigen Bilanzjahres.

Für 2018 erwarten Ihre mittelständischen Unternehmen im Schnitt, dass die Geschäftslage ...
in Prozent der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 Prozent aufgrund von Rundungen

Entwicklung der Umsatzrentabilität
in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

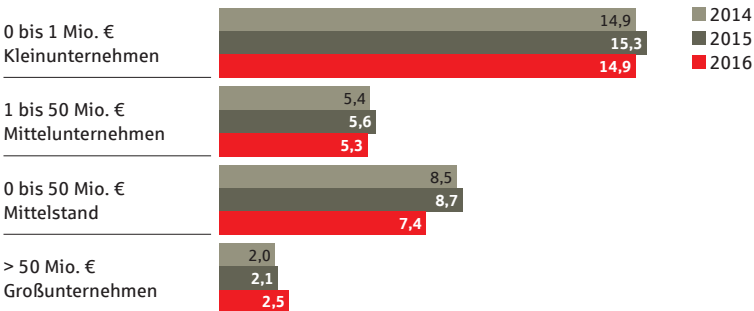


Abbildung 7

Auch Werte für Großunternehmen werden in der Diagnose mit in die Betrachtung genommen. Dies dient zum einen zum Vergleich. Zum anderen hat sich die Grenze dessen, was als Mittelstand betrachtet werden kann, in den letzten Jahren verschoben und wird heute eher an qualitativen Aspekten festgemacht denn an Umsatzgrenzen (siehe Definitionen im Abschnitt Grundlagen).

Bei den nach Umsatzgrößenklassen gegliederten Daten zeigen im Vergleich zu den kleinen und mittleren Unternehmen Großunternehmen regelmäßig eine geringere Umsatzrentabilität. Außerdem weisen mehr Großunternehmen sogar einen Verlust aus. Diese Unternehmen in der Größenklasse von über 50 Mio. Euro Jahresumsatz stehen im intensiven internationalen Wettbewerb, der sich auch durch geringe Preis- und Gewinnspielräume zeigt. Und auch der im Mittelstand beinhaltete Unternehmerlohn in dieser Kennziffer ist in Großunternehmen nicht integriert. Allerdings: Die Entwicklung der Umsatzrentabilität fällt bei den Großbetrieben eindeutig positiv aus. Im Bilanzjahr 2016 konnte mit 2,5 Prozent Umsatzrentabilität eine weitere Verbesserung erreicht werden.

Der Wert ist bislang der höchste Wert, der im Rahmen der Diagnose Mittelstand jemals gemessen wurde. Auch die Anzahl der Großunternehmen, die keinen Gewinn erzielten oder sogar einen Verlust ausweisen müssen, ist erneut rückläufig: 2016 lag ihr Anteil bei 20 Prozent nach 23,4 Prozent im Bilanzjahr 2015 und 23,9 Prozent für das Jahr 2014. Trotz des intensiven Wettbewerbs können sich die Großunternehmen demnach behaupten.

Auch bei Betrachtung der Wirtschaftssektoren bleibt der Wert der Umsatzrentabilität der Großunternehmen unterhalb des Wertes der mittelständischen Wirtschaft. Im Handel weisen die Großunternehmen mit 1,6 Prozent den geringsten Wert und im verarbeitenden Gewerbe mit 3,6 Prozent den höchsten Wert aus. Einzig in der Baubranche ist die positive Entwicklung der Großunternehmen bei der Umsatzrentabilität unterbrochen: Hier sank die Umsatzrentabilität leicht um 0,2 Prozentpunkte auf voraussichtlich 2,8 Prozent im Jahr 2016. Die gute Kapazitätsauslastung der Branche lässt sich im scharfen Wettbewerb offenbar nur bedingt in die Gewinnmarge ummünzen. Deutlich wird dies auch

Anteil der Unternehmen mit Gewinnen und Verlusten
in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

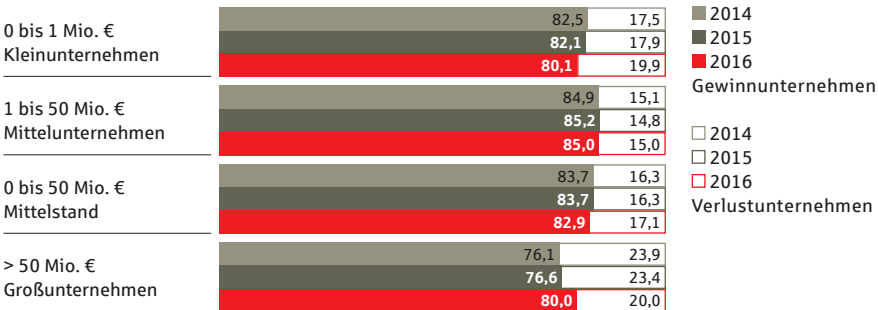


Abbildung 8

daran, dass hier die Zahl der Unternehmen, die keinen Gewinn ausweisen, im Bilanzjahr 2016 auf 18,9 Prozent angestiegen ist (gegenüber 16,9 Prozent im Bilanzjahr 2014). Im letzten Jahrzehnt ging dieser Anteil noch Jahr für Jahr zurück, allerdings von früher sehr hohen Anteilen von Verlustunternehmen.

Die Mittelständler können im Dienstleistungsbereich mit 11,6 Prozent ihre beste und mit 4,2 Prozent im traditionell margenerarmen Handelssegment ihre geringste Umsatzrentabilität erzielen. Allerdings gibt es bei den Unternehmen im Dienstleistungsbereich den größten Anteil von Verlustunternehmen.

Als Kennziffer, um die Wirtschaftlichkeit des im Unternehmen eingesetzten Kapitalstocks zu beurteilen, wird in der Diagnose regelmäßig die **Gesamtkapitalverzinsung** herangezogen. Sie zeigt das Verhältnis der Summe aus Betriebsergebnis und Zinsaufwand für die Fremdfinanzierung zur Bilanzsumme auf.

Auf Basis der bislang vorliegenden Jahresabschlüsse für das Bilanzjahr 2016 ist die

Gesamtkapitalverzinsung der mittelständischen Wirtschaft auf 9,0 Prozent gefallen. Auch wenn der endgültige Wert nach aller Erfahrung aus vorherigen Untersuchungen noch ansteigen wird, dürfte er das Vorjahresniveau von gut elf Prozent für das Bilanzjahr 2015 nicht ganz erreichen. Dennoch dürfte die Verzinsung der unternehmerischen Arbeit über der Rendite vergleichbarer Risikoanlagen liegen.

Besonders deutlich fiel der Rückgang der Gesamtkapitalverzinsung bei Kleinunternehmen unter einer Mio. Euro Jahresumsatz aus: Hier sank der ausgewiesene Wert von 11,6 Prozent 2014 über 10,5 Prozent 2015 auf nunmehr 7,3 Prozent für das Bilanzjahr 2016. Wie üblich sei auch in dieser Diagnose Mittelstand auf die Verzerrung der Bemessung bei den ganz kleinen Unternehmen durch den „kalkulatorischen Unternehmerlohn“ hinzuweisen.

Bei den mittleren Unternehmen von einer bis 50 Mio. Euro Umsatz im Jahr, bei denen die Kapitalintensität der Produktion höher liegt als bei den Kleinunternehmen, fällt die Reduzierung der Gesamtkapitalverzinsung

Gesamtkapitalverzinsung

in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

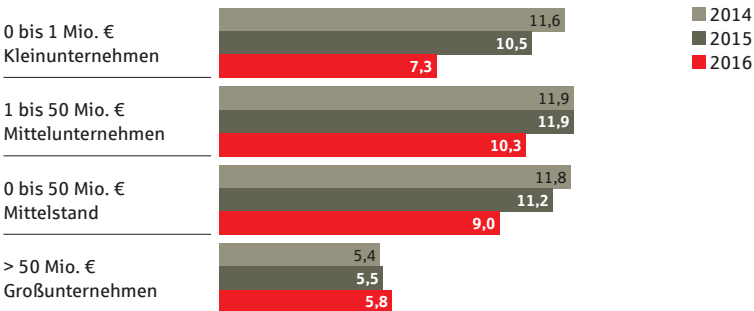


Abbildung 9

geringer aus, nämlich von 11,9 Prozent in den beiden Jahren 2014 und 2015 auf den aktuellen Wert von 10,3 Prozent für das Bilanzjahr 2016.

Die mittelständischen Unternehmen im Handel und im Bausektor haben aktuell eine Gesamtkapitalverzinsung von rund 13 Prozent, in der Dienstleistungswirtschaft werden gut sieben Prozent und im verarbeitenden Gewerbe zwölf Prozent erarbeitet. Die Großbetriebe erzielen im verarbeitenden Gewerbe mit 7,2 Prozent ihre höchste Gesamtkapitalverzinsung, gefolgt vom Handel (6,6 Prozent) sowie dem Baubereich und den Dienstleistungen mit 3,5 bzw. 3,1 Prozent. Nur die Großunternehmen der Dienstleistungswirtschaft erzielen seit 2012 kontinuierlich einen Anstieg der Gesamtkapitalverzinsung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr.

Die mittelständischen Unternehmen sind verlässliche Arbeitgeber. Nicht nur knapp 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, auch mehr als 80 Prozent aller Auszubildenden finden im Mittelstand Beschäftigung und Ausbildung. Mehr noch:

Selbst in wirtschaftlichen Krisenzeiten versuchen kleine und mittlere Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten – einerseits aus sozialer Verantwortung, andererseits aber auch, um in Zeiten des Fachkräftemangels im Aufschwung wieder gerüstet zu sein.

Die Entwicklung der Personalaufwandsquote, die den Personalaufwand des Unternehmens ins Verhältnis zur Gesamtleistung des Unternehmens stellt, gibt insofern wichtige Hinweise auf die Entwicklung der betrieblichen Arbeitskosten.

Die **Personalaufwandsquote** ist in der mittelständischen Wirtschaft im Berichtsjahr auf 16,4 Prozent gesunken und liegt damit deutlich unterhalb der Werte des Bilanzjahres 2015 mit 17,6 und 2014 mit 17,9 Prozent. Ursächlich hierfür dürfte die vergleichsweise niedrige Personalaufwandsquote der Kleinunternehmen sein, die zum aktuellen Auswertungsstand bei drei Prozent liegt. Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte sich deren Personalaufwandsquote mit Einlaufen weiterer Bilanzen der Kleinunternehmen auf etwa sechs Prozent entwickeln.

Personalaufwandsquote

in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

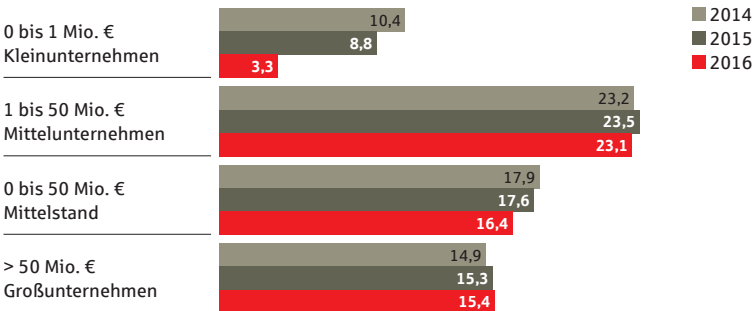


Abbildung 10

Für die mittleren Unternehmen mit einem Umsatz im Jahr von einer bis 50 Mio. Euro zeigt sich nach einem leichten Anstieg von 23,2 Prozent 2014 auf 23,5 Prozent 2015 nunmehr eine Reduzierung auf 23,1 Prozent für das Bilanzjahr 2016.

Auch bei einem leichten Anstieg der Personalaufwandsquote für den Mittelstand im weiteren Verlauf des Abschlusses des Bilanzjahres 2016 wird deutlich: Der Personalaufwand in der mittelständischen Wirtschaft zeigt trotz der hohen Beschäftigung und damit einhergehender tendenziell höherer Tarifabschlüsse im letzten Jahrzehnt eine recht kommode Zunahme. Die Arbeitnehmerentgelte in Relation zur Arbeitsproduktivität – die sogenannten Lohnstückkosten – lagen mit 1,6 Prozent im Jahre 2016 gegenüber Vorjahr wieder unterhalb des Anstiegs des Vorjahreszeitraumes. Eine moderate Entwicklung ist durch eine verantwortungsvolle Lohn- und Tarifpolitik mit Garant für eine weitere Zunahme und Stabilisierung der hohen Beschäftigung.

Ein etwas anderer Trend gilt für die Großunternehmen: Ihr Personalaufwand liegt mit 15,4 Prozent im Bilanzjahr 2016 leicht über dem Niveau der Vorjahre. Damit hat sich die Personalaufwandsquote seit Beginn des Jahrzehnts, als sie 2010/2012 bei rund 14 Prozent lag, bis zum aktuellen Rand um rund anderthalb Prozentpunkte erhöht. Das kann aber auch an einem Mengeneffekt liegen. Angesichts der gestiegenen Erwerbstätigkeit ist die Produktion in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt wieder etwas arbeitsintensiver geworden.

Bezogen auf die einzelnen Branchen liegt der Personalaufwand bei den mittelständischen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe 2016 mit 28,9 Prozent am höchsten und hält das aus dem Vorjahr bekannte Niveau. Die Bauwirtschaft konnte ihre Quote 2016 auf 27,2 Prozent reduzieren. Die geringste Personalkostenbelastung bezogen auf den in diesem Sektor definitionsgemäß hohen Umsatz verzeichnet der Mittelstand im Handel: 12,2 Prozent für 2016 liegen hier eine Spur über den Werten der Vorjahre.

Entwicklung der Eigenkapitalquote von Unternehmen
in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

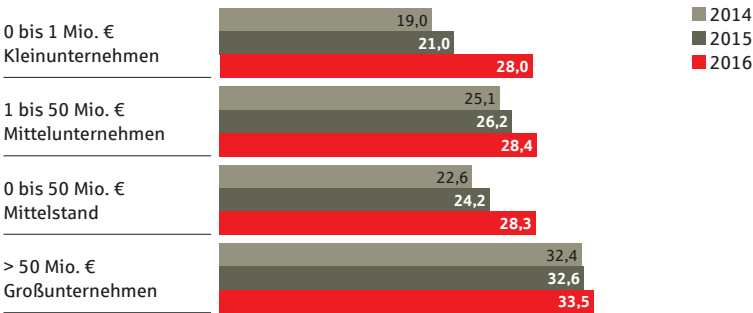


Abbildung 11

3.3 Sicheres Fundament für Mittelstand: die Eigenkapitalausstattung

Eigenkapital ist Stabilitätsanker für Unternehmen bei Krisen: Sie sind mit guter Eigenkapitalausstattung im Falle einer konjunkturellen Schwäche oder externer Schocks robust abgesichert. Die Bankenregulierung aufgrund von Basel II und III dürfte auch in den Unternehmen zu einer Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis geführt haben. Denn eine gute Eigenkapitalausstattung erleichtert den Zugang zu externen Finanzierungsmitteln – darauf werden sie von den Firmenkundenberatern regelmäßig hingewiesen. Der Mittelstand kann auf Grundlage des soliden Eigenkapitals nunmehr verstärkt Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen finanzieren. Mit einbehaltenen Gewinnen lassen sich zudem immaterielle Kapitalgüter wie Software oder Lizenzen einfacher finanzieren, betriebliche Altersvorsorgerückstellungen garantieren und Auslandsinvestitionen realisieren.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass gerade die mittelständische Wirtschaft, deren Eigentümer langfristorientiert handeln

und in Generationen denken, ihre Eigenkapitalbasis auch im Bilanzjahr 2016 gestärkt hat. Aber auch Großunternehmen verfolgen zur Festigung ihrer Unternehmensstabilität dieses Motiv.

Über alle Unternehmensgrößen hat sich die Ausstattung mit Eigenkapital auch im Bilanzjahr 2016 weiter aufgebaut. Der Median der Eigenkapitalquote liegt im Mittelstand bei 28,3 Prozent und damit nochmals gut vier Prozentpunkte über dem Wert des Bilanzjahres 2015 – mit Einlaufen weiterer Bilanzen dürfte sich dies aber etwas abschwächen. Auch Großunternehmen haben ihr Eigenkapital ausgebaut. Der Median, also der Wert, den die Hälfte der Unternehmen überschreitet und die andere Hälfte unterschreitet, ist bei Großunternehmen über 50 Mio. Euro Umsatz von 32,6 Prozent 2015 auf nunmehr 33,5 Prozent für das Bilanzjahr 2016 angestiegen.

Der größte Anstieg zeigt sich bei Unternehmen bis eine Million Euro Jahresumsatz. Bei den Kleinbetrieben liegt die Eigenkapitalausstattung zuletzt im Mittel bei 28 Prozent, was gegenüber dem Bilanzjahr 2015 ein beachtliches Plus von sieben Prozentpunkten

Anteil der Unternehmen mit und ohne Eigenkapital
in Prozent nach Umsatzgrößenklassen

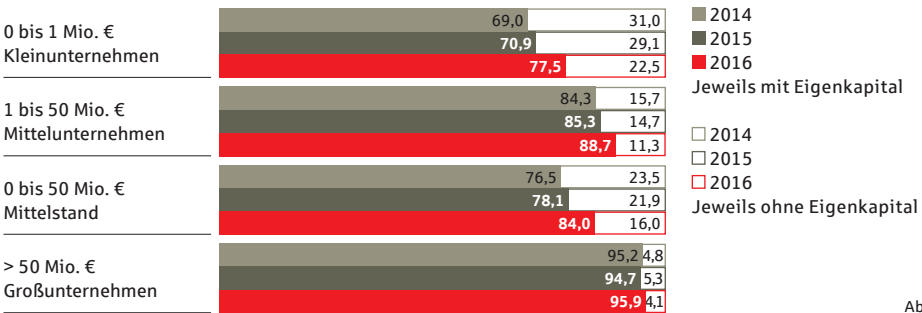


Abbildung 12

bedeutet. Mit diesem Wert konnten die Kleinbetriebe mit ihrer Eigenkapitalausstattung erstmals seit Bestehen der Diagnose Mittelstand an den Durchschnitt aller mittelständischen Unternehmen anknüpfen. Allerdings gilt diese Aussage unter Vorbehalt: Denn gerade Kleinunternehmen mit schwacher Eigenkapitalausstattung gehören zu den Betrieben, die ihre Bilanzen recht spät einreichen, sodass sie in dieser Auswertung noch nicht vollständig berücksichtigt werden konnten. Trotz dieses Vorbehalts lässt sich für die Kleinbetriebe aber eine positive Eigenkapitalentwicklung festhalten.

Die mittleren Betriebe mit einem Umsatz von einer bis 50 Mio. Euro Jahresumsatz konnten eine Eigenkapitalquote von 28,4 Prozent realisieren – auch für sie gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg, und zwar um mehr als zwei Prozentpunkte.

Entsprechend der positiven Entwicklung bei der Stärkung der unternehmerischen Eigenkapitalbasis zeigt auch der Anteil der Unternehmen, die ohne Eigenkapital oder sogar mit negativem Eigenkapital arbeiten – dargestellt als Nullpunktquote –, eine positive

Entwicklung. Insgesamt reduziert sich der Anteil dieser Unternehmen im Mittelstand auf 16 Prozent. Bis einschließlich Bilanzjahr 2008 war noch ein Drittel aller mittelständischen Unternehmen ohne oder sogar mit negativem Eigenkapital aktiv.

Auch bei Kleinunternehmen bis zu einer Million Euro Umsatz im Jahr, die noch im Bilanzjahr 2014 eine Nullpunktquote oberhalb von 30 Prozent aufwiesen, ist eine deutliche Reduzierung sichtbar: Nur noch etwas mehr als jedes fünfte Unternehmen verfügt nun über kein Eigenkapital.

Bei den mittleren Unternehmen, die im Jahr einen Umsatz von einer bis zu 50 Mio. Euro erwirtschaften, reduzierte sich die Nullpunktquote von 15,7 Prozent 2014 über 14,7 Prozent im Bilanzjahr 2015 auf 11,3 Prozent im Berichtsjahr.

Auch bei den Großunternehmen oberhalb von 50 Mio. Euro Jahresumsatz sank die Zahl der Unternehmen ohne bzw. mit negativem Eigenkapital, und zwar auf 4,1 Prozent. Anfang des Jahrzehnts lag diese Quote noch bei fast sechs Prozent. Mit Ausnahme des

Bilanzjahres 2015, als der Anteil der Unternehmen ohne Eigenkapital bei Großunternehmen vorübergehend auf 5,3 Prozent anstieg, konnte in den übrigen Bilanzjahren seit 2013 die Nullpunktquote auf unter fünf Prozent gedrückt werden. Diese höhere Stabilität von Großunternehmen stärkt die deutsche Volkswirtschaft insgesamt: Denn von einer Insolvenz eines Großunternehmens gehen immer auch negative Auswirkungen für die Volkswirtschaft insgesamt, beispielsweise den Arbeitsmarkt oder der Ausfall von Forderungen gegenüber Lieferanten, aus.

Bei Betrachtung der Wirtschaftssektoren Bau, Dienstleistungen, Handel sowie des verarbeitenden Gewerbes sind einige wenige Warnhinweise zu geben.

So hat sich die Eigenkapitalquote von Großunternehmen im Bausektor vom Bilanzjahr 2015 auf 2016 zwar von 17,0 Prozent auf 17,4 Prozent erhöht. Die Quote an eigenkapitallosen Unternehmen in diesem Bereich ist jedoch ebenfalls wieder etwas höher ausgefallen. Sie stieg von 3,5 auf 5,5 Prozent. Allerdings waren die niedrigen 3,5 Prozent für 2015 auch der Ausreißer in der längeren Zeitreihe. Eine mögliche Interpretation wäre allerdings auch, dass die Unternehmen infolge der hohen Kapazitätsauslastung verstärkt

Erweiterungs- und/oder Rationalisierungsinvestitionen zulasten ihrer Eigenkapitalbasis veranlasst haben. Das wäre dann eine positiv zu interpretierende Entwicklung.

Wenn diese Deutung zutrifft, dann wird sich mit Ausweitung der Bauproduktion infolge erweiterter Kapazitäten aus künftigem Cash-flow die Eigenkapitalbasis auch wieder deutlich erholen. Zwar ist auch bei den Bauunternehmen mittlerer Größe von einer bis 50 Mio. Euro Jahresumsatz eine Reduzierung der Eigenkapitalbasis festzustellen. Bei diesen ist zugleich aber auch die Zahl der Unternehmen ohne Eigenkapital zurückgegangen, von 13,8 Prozent 2015 auf 12,0 Prozent im Berichtsjahr 2016.

Die Dienstleistungsunternehmen oberhalb der 50-Mio.-Euro-Umsatzmarke konnten ihre Eigenkapitalquote weiter erhöhen. Sie stellt mit 33,3 Prozent im Bilanzjahr 2015 und 34,5 Prozent 2016 den zweithöchsten gemessenen Eigenkapitalwert dar. Nur Großunternehmen im verarbeitenden Gewerbe können mit über 37 Prozent Eigenkapitalbasis einen noch höheren Wert vorweisen.

Großbetriebe im Handel hielten ihre Eigenkapitalquote im Mittel knapp über der 30-Prozent-Marke. Besonders erfreulich ist hier aber, dass die Zahl der Unternehmen, die

ohne Eigenkapital bzw. mit negativem Eigenkapital arbeiten, von 4,8 Prozent 2015 auf 3,5 Prozent im Bilanzjahr 2016 reduziert werden konnte. Der größte Anteil von Unternehmen, die über gar kein Eigenkapital verfügen, findet sich bei den Kleinunternehmen bis eine Million Euro Umsatz im Jahr im Handel: 33,1 Prozent dieser Unternehmen arbeiten als „Eigenkapitallose“. Immerhin konnte dieser Anteil zuletzt um gut drei Prozentpunkte reduziert werden.

3.4 Investitionsmotive und Investitionshemmnisse

Mit den Investitionen wird Ersatz für alte Maschinen und Anlagen erreicht, die Produktion lässt sich an moderne Verfahren anpassen und Investitionen ermöglichen die Ausweitung der Produktion. Die Aussagen der aktuellen Diagnose Mittelstand setzen die bisherigen Investitionsmotive fort:

Die Mehrheit der Investitionen – knapp 45 Prozent – dient als Ersatzinvestition, es folgen mit einem Anteil von fast 29 Prozent die Investitionen zur Erweiterung von Anlagen und Maschinen, und mit gut 26 Prozent der Investitionen werden Rationalisierungsmaßnahmen finanziert: Ersatzinvestitionen garantieren, dass Produktionsprozesse durch neue Anlagen und Maschinen regelmäßig auf den neuesten technologischen und

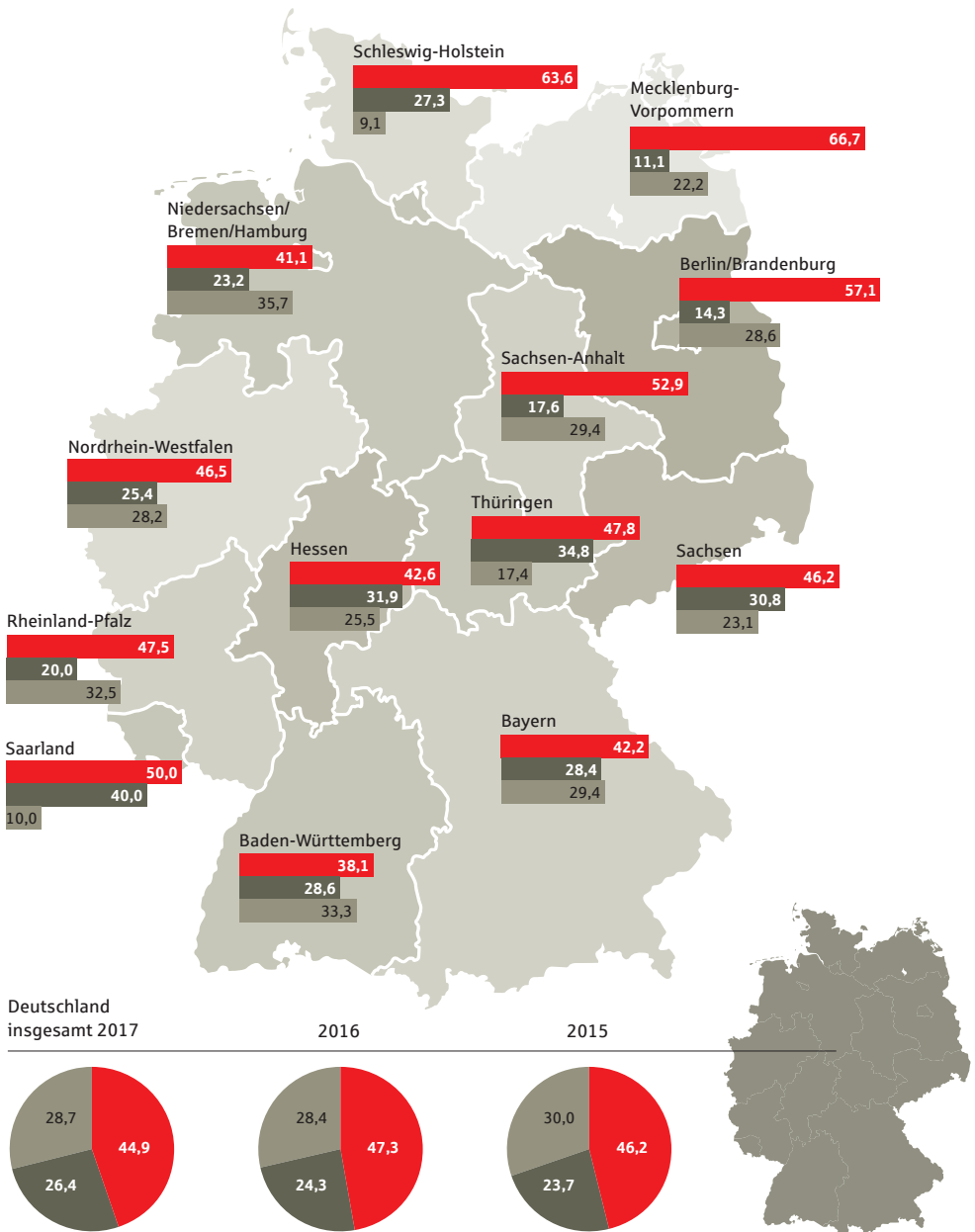
technischen Stand gebracht werden. Rationalisierungsinvestitionen stellen sicher, dass der Produktionsprozess auch gegenüber der (internationalen) Konkurrenz wettbewerbsfähig bleibt. Aufgrund der klaren Hinweise, dass qualifiziertes Personal und Auszubildende als die aktuell größte Herausforderung des Mittelstands identifiziert werden, dürften Rationalisierungsinvestitionen weiter voranschreiten. Das Wachstum in Deutschland wird wieder kapitalintensiver, nachdem es nun einige Jahre eher arbeitsintensiv war. An zu geringem Eigenkapital dürften solche Investitionen jedenfalls nicht scheitern.

Nicht verwunderlich, aber besonders erfreulich: Mit 28,7 Prozent der Nennungen weisen die Sparkassenexperten auf die Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen hin. Gegenüber den Vorjahren bleiben die Erweiterungen damit auf erneut hohem Niveau. Dies ist nicht verwunderlich: Mit anhaltendem wirtschaftlichem Aufschwung und steigender Kapazitätsauslastung müssen Anlagen ausgebaut werden. Erfreulich ist dies: Damit stellen die mittelständischen Unternehmen die Grundlage für weiteres Wachstum in Deutschland. Gegenüber den Vorjahren sind die Finanzierungsmittel für Ersatzinvestitionen zurückgegangen, Rationalisierungsmaßnahmen wurden ausgeweitet, während sich

Zielsetzung der Investitionen

in Prozent aller Nennungen (bei max. 2 Nennungen je Sparkasse)

- Ersatzinvestition
- Rationalisierung
- Erweiterung/Expansion



Abweichungen der Summe von 100 Prozent aufgrund von Rundungen

die Erweiterungsinvestitionen in etwa auf Stand der Vorjahre hielten. Die Finanzierungsbedingungen werden weiter günstig bleiben: Die Forschungsinstitute rechnen in ihrem Herbstgutachten erst im Verlauf des Jahres 2019 mit leicht anziehenden Zinsen.

In allen Bundesländern liegt der Anteil der Ersatzinvestitionen über dem Anteil der Investitionen, die für Rationalisierungsmaßnahmen vorgesehen sind.

Zwar existiert bei den Investitionsmotiven keine absolute Trennschärfe: So können sie als Ersatz für „in die Jahre gekommene“ Anlagen und damit als Ersatzinvestition gelten. Gleichzeitig werden damit aber auch größere Mengen ausgestoßen. Aufgrund dessen können sie auch als Rationalisierungsinvestitionen gelten. Trotz aller Vorsicht bei der Interpretation der Motive lassen sich die aufgezeigten Trends aber bestätigen. Die Antwortkategorien der Experten geben uns eine Vorstellung vom vorherrschenden „Charakter“ der Investitionen.

Die Sparkassen-Finanzgruppe ist mit ihren Unternehmen Finanzierungspartner Nummer eins des Mittelstands. Dennoch müssen Hemmnisse für eine noch stärkere Investitionstätigkeit der mittelständischen Unternehmen zur Kenntnis genommen werden.

Die Diagnose ist hierzu eindeutig: Fast die Hälfte der Experten sieht die fehlenden qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als wichtigsten Hemmschuh für eine noch stärkere Investitionsbereitschaft. Bundesweit

geben dies gut 46 Prozent an. Mit Abstand folgen bürokratische Belastungen (24 Prozent), die unsichere wirtschaftliche Entwicklung mit fast 14 Prozent sowie mit neun Prozent Mängel bei der Infrastruktur, die Hemmnisse für Investitionen im Mittelstand darstellen.

Die Höhe der Lohnkosten bzw. die Mindestlohnregelungen werden nur von 1,2 Prozent der Experten als Hemmschuh für noch stärkere Investitionen genannt. Ein klarer und gleichsam erfreulicher Befund: Finanzierungshürden spielen bundesweit überhaupt keine Rolle bei der Investitionsbereitschaft des Mittelstands.

Mit weiter aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung dürfte auch das Investitionshemmnis durch die eher allgemeine Rubrik einer wahrgenommenen „unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung“ an Bedeutung verlieren. Besonders in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wird bislang eine unsichere wirtschaftliche Entwicklung mit rund einem Viertel der Antworten als Hemmnis für weitere Investitionsmaßnahmen genannt.

Das Fehlen qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist in allen Bundesländern das meistgenannte Investitionshemmnis. Oder anders gewendet: Bildung, Ausbildung und die Sicherstellung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören zentral zu den Koalitionsprioritäten der neuen Bundesregierung und sind auch für die Landesregierungen eine wichtige Herausforderung.

Diagnose Mittelstand 2018 3 Wirtschaftliche Lage

Welche Hemmnisse werden seitens der mittelständischen Unternehmen genannt, die einer stärkeren Investitionsbereitschaft entgegenstehen?
in Prozent aller Nennungen

- Unsichere wirtschaftliche Entwicklung
- Fehlen qualifizierter Mitarbeiter
- Lohnkosten/Einhaltung der Mindestlohnregelungen
- Finanzierungshürden
- Mängel bei der Infrastruktur
- Umweltauflagen
- Bürokratische Belastungen
- Fehlende steuerliche Anreize

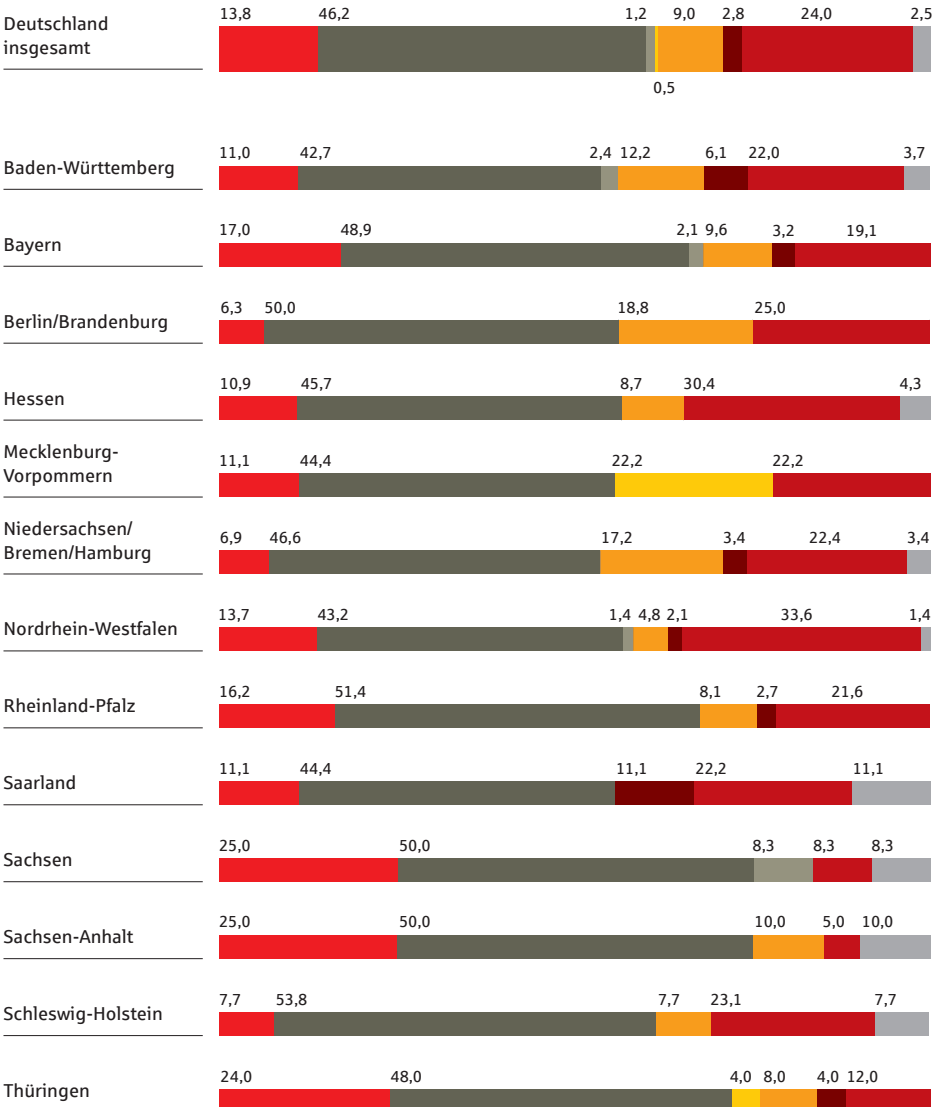


Abbildung 14

4 Die Grundlagen

Quellen und Methoden	37
4.1 Die Quellen	37
4.2 Die Kennziffern	39
4.3 Die Berechnungsverfahren	41



Quellen und Methoden

Grundlage der Diagnose Mittelstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) bilden seit 2002 die wirtschaftliche Situation sowie die betriebliche Tätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die gemeinhin als Mittelstand bezeichnet werden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mittelstands unterstreichen die Kennzahlen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn: Von allen 3,5 Mio. Unternehmen in Deutschland gehören 99,6 Prozent der Unternehmen zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Demnach stehen rund 3,5 Mio. mittelständischen Unternehmen gut 15.000 Großunternehmen gegenüber.

Die Abgrenzung zwischen Mittelstand und Großunternehmen erfolgt nach den quantitativen Merkmalen Umsatz und Beschäftigte: Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einem Umsatz bis 50 Mio. Euro im Jahr werden zum Mittelstand gerechnet.

Das ebenfalls vom Institut für Mittelstandsforschung berücksichtigte qualitative Kriterium zur Abtrennung von Mittelstand und Großunternehmen, nämlich die Eigentümerstruktur bzw. die Unternehmensleitung, findet in der Diagnose Mittelstand keine Berücksichtigung, da diese Daten nur verhältnismäßig schwer zu ermitteln wären, sich andererseits aber die vorliegenden Bilanzen beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband sehr einfach größenmäßig sortieren lassen.

4.1 Die Quellen

Die Diagnose Mittelstand mit ihren umfassenden Auswertungen basiert grundsätzlich auf zwei Quellen:

Erstens. Grundlage des Branchenkennzahlensystems der Sparkassen-Finanzgruppe ist das zentral vorliegende und gespeicherte Datenmaterial der Firmenkundenbilanzen. Dieses Datenmaterial ist in Deutschland in dieser Größe und Gliederungstiefe einmalig.

Die quantitativen Kennziffern des Mittelstands

Neue Definition KMU seit 01.01.2016

Unternehmensgröße	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinst	bis 9	bis 2 Mio. €
Klein*	bis 49	bis 10 Mio. €
Mittel**	10 bis 499	bis 50 Mio. €
KMU	unter 500	bis 50 Mio. €

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

* und kein kleinstes Unternehmen

** und kein kleinstes oder kleines Unternehmen

Denn: Mit einem Gesamtbestand an Investitionskrediten in Höhe von annähernd 270 Mrd. Euro Mitte 2017 sind die Sparkassen führend in der Unternehmenskreditfinanzierung.

Von den betreuenden Sparkassen und Landesbanken werden die Jahresabschlüsse der Kundenunternehmen anonymisiert eingeliefert. Doppelt vorliegende Bilanzen jener Unternehmen, die von mehreren Instituten begleitet werden, finden nur einfache Berücksichtigung. Der DSGVO nimmt die Auswertung der Daten vor.

Bis einschließlich des Bilanzjahrgangs 2015 liegen vollständige Datensammlungen vor. In der Spitze umfassen die Jahrgänge bis zu 300.000 Unternehmensbilanzen. Alle verwendeten Bilanzen sind nach der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) gegliedert.

Für den aktuellen Bilanzjahrgang 2016 lagen zur Erstellung der Diagnose Mittelstand bereits rund 88.000 Bilanzen von kleinen und mittleren Unternehmen vor. Mit der hohen Datendichte für das jüngste Abschlussjahr

ist eine gut gestützte Analyse des deutschen Mittelstands sichergestellt.

In die Unternehmensanalyse fließen auch die Bilanzen von Großunternehmen ein, deren Werte denen des Mittelstands vergleichend gegenübergestellt werden. Für das vollständig erfasste Jahr 2015 umfasst die Bilanzdatenbank der Sparkassen-Finanzgruppe rund 6.900 Abschlüsse von Großunternehmen – dies entspricht knapp der Hälfte aller deutschen Großunternehmen.

Zweitens. Eine Expertenbefragung in allen Sparkassen aus dem Spätsommer 2017 ergänzt das Material der Bilanzdatensammlung. Hierfür wurden die Firmenkundenberater aller Sparkassen um ihre Einschätzung und Bewertung der Geschäftslage mittelständischer Firmenkunden gebeten. Aktuelle und für 2018 erwartete Geschäftslage, das Investitionsverhalten sowie Hemmnisse, die einer stärkeren Investitionsbereitschaft entgegenstehen, wurden ebenfalls abgefragt.

Thematischer Schwerpunkt der Ihnen vorliegenden Diagnose Mittelstand bilden

Quote der bereits vorliegenden Unternehmensbilanzen für das Jahr 2016 im Verhältnis zur vollständigen Zahl für 2015 nach Jahresumsatz
in Prozent nach Unternehmensgrößenklassen

	2016 (bisher vorliegend)	2015 (vollständig)	
0 bis 50 Mio. €: Mittelstand	87.701	230.111	38,1
0 bis 0,25 Mio. €	14.047	43.444	32,3
0,25 bis 0,5 Mio. €	10.344	32.505	31,8
0,5 bis 2,5 Mio. €	29.557	87.628	33,7
2,5 bis 5 Mio. €	11.233	26.488	42,4
5 bis 12,5 Mio. €	12.270	23.761	51,6
12,5 bis 50 Mio. €	10.250	16.285	62,9
Über 50 Mio. €: Großunternehmen	5.007	6.854	73,1

Fragen rund um Steuern und Besteuerung. Ausgangslage hierbei war die politische Diskussion, die aufgrund der guten Haushaltssituation der öffentlichen Haushalte über steuerliche Entlastungen der Wirtschaft geführt wurde. Die politischen Parteien hatten im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 unterschiedliche Konzepte für Änderungen des Steuerrechts vorgelegt.

Dank des beachtlich hohen Rücklaufs von rund 80 Prozent aller Sparkassen zeichnet die Untersuchung ein differenziertes Bild der Lage des deutschen Mittelstands. Da sich die Sparkassen aus allen Bundesländern beteiligt haben, sind flächendeckende Aussagen sowie regionale Auskoppelungen und Vergleiche möglich.

Die Antworten zum Schwerpunktthema – Steuern und Besteuerung der Firmenkunden – werden nicht nur in der Diagnose Mittelstand veröffentlicht. Die Ergebnisse konnten bereits in ersten Gesprächen mit politisch Verantwortlichen dargelegt werden und so für eine Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft geworben werden. Auch hierbei konnte die Vertretung

berechtigter Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband mit belastbaren Daten erneut unter Beweis gestellt werden.

4.2 Die Kennziffern

Die **Eigenkapitalquote** – der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme – ist eine strategische Zielgröße und eine Kennziffer für die Robustheit eines Unternehmens. Sie gibt an, in welchem Umfang die Eigentümer selbst unmittelbar in der Haftung stehen. Eigenkapital kann Verluste abdecken und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als Puffer dienen. Eine hohe Eigenkapitalquote begrenzt insofern die Insolvenzgefahr des Unternehmens und die Risiken für den Fremdkapitalgeber. Eine sehr hohe Eigenkapitalquote spricht aber auch für ungenutzte Investitions- und Expansionschancen an den Märkten.

Die **Umsatzrentabilität** setzt das Betriebsergebnis ins Verhältnis zur unternehmerischen Gesamtleistung. Diese Gesamtleistung entspricht üblicherweise der wertmäßigen Produktion. Sie ist definiert als Nettoumsatz

beziehungsweise als Umsatzerlös, der um die Netto-Bestandsentwicklung und andere aktivierte Eigenleistungen ergänzt wird. Bei reinen Handelsunternehmen stimmt die Gesamtleistung mit den Umsatzerlösen überein. Es gilt grundsätzlich: Produktionsprozesse müssen Gewinne in ausreichender Höhe erzielen, um ein Unternehmen ohne Ressourcenverschwendung dauerhaft am Markt erhalten zu können. Eine befriedigende Umsatzrentabilität erleichtert zudem die Aufstockung des Eigenkapitals über einbehaltenen Gewinne.

Die **Gesamtkapitalverzinsung** gibt das Verhältnis der Summe aus Betriebsergebnis und Zinsaufwand zur Bilanzsumme wieder. Sie ist somit eine Kennziffer für die Wirtschaftlichkeit des im Unternehmen eingesetzten Kapitalstocks. Bringt eine Anlage am Kapitalmarkt eine höhere Rendite als die Gesamtkapitalverzinsung, steht die Geschäftstätigkeit letztlich infrage. Die alternativ erzielbare Kapitalmarktverzinsung gibt somit eine „Mindestverzinsung“ für profitable Unternehmensaktivitäten vor. Es wäre aber gefährlich, die gegenwärtige Phase extrem

niedriger Kapitalmarktzinsen zur Grundlage der Bewertung von Investitionsprojekten zu nehmen. Eher sollte hier kalkulatorisch von längeren Durchschnittswerten ausgegangen werden. Mit einem Teil der Gesamtkapitalrendite sollte auch ein Ausgleich für das unternehmerische Risiko erwirtschaftet werden.

Die **Personalaufwandsquote** weist den Personalaufwand in Prozent der Gesamtleistung des Unternehmens aus. Damit ist ein wichtiger Kostenblock umrissen. Gerade im Mittelstand sind personalintensive Produktionen mit entsprechend hoher Personalaufwandsquote häufig. In ihr spiegeln sich Produktivitäts- und Lohnveränderungen wider. Im Zeitverlauf lässt die Entwicklung der Personalaufwandsquote auf steigenden oder abnehmenden Kostendruck sowie auf verbleibende Ertragsspielräume schließen.

In der Online-Fassung der Diagnose Mittelstand sind weitere Eckdaten – nämlich Zinsaufwandsquote, Cashflow-Rate, Bankverbindlichkeiten und Eigenkapitalrentabilität – im **Statistischen Anhang** kostenfrei verfügbar (www.dsgv.de/diagnosemittelstand).

4.3 Die Berechnungsverfahren

Bei Analyse und Kommentierung der Branchenkennzahlen verwendet die Diagnose Mittelstand vornehmlich den Median (Zentralwert). Er stellt die statistischen Verteilungen bei starker Ungleichverteilung anschaulicher dar als das arithmetische Mittel – als Summe der beobachteten Werte geteilt durch deren Anzahl. Gerade das arithmetische Mittel kann durch extreme Werte verzerrt sein. Der Median gibt den in der Praxis „typischen“ Wert an. Beim Bilanzvergleich werden zur Auswertung der Kennzahlen deshalb Mediane eingesetzt. Eine Eigenkapitalquote von 28 Prozent bedeutet dann beispielsweise, dass genau die Hälfte der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von unter oder gleich 28 Prozent ausweist. Die andere Hälfte der Unternehmen realisiert einen Wert darüber.

Eigenkapital bedeutet, dass 16 Prozent der Unternehmen über kein Eigenkapital verfügen oder sogar eine Unterbilanz mit negativem Wert zeigen.

Die ebenfalls in der Diagnose Mittelstand untersuchte Nullpunktquote gibt an, wie viele Unternehmen anteilig bei der jeweiligen Kennziffer einen Wert von null oder darunter verzeichnen. Auch hier ein Beispiel: Eine Nullpunktquote von 16 Prozent beim

Schlüsselzahlen des Mittelstandes in Deutschland

	Insgesamt ¹	KMU ¹	KMU-Anteil ¹
Unternehmensbestand			
Unternehmen lt. Unternehmensregister 2015 ²	3.469.039	3.453.676	99,6 %
Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 2015 ³	3.255.537	3.243.479	99,6 %
Umsatz der Unternehmen			
Umsatz der Unternehmen lt. Unternehmensregister 2015 ² (in €)	6.332,56 Mrd.	2.217,75 Mrd.	35,0 %
Umsatz von umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 2015 ³ (in €)	5.989,74 Mrd.	2.210,23 Mrd.	36,9 %
Beschäftigte/Auszubildende in Unternehmen bzw. in Betrieben			
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Unternehmen lt. Unternehmensregister 2015 ²	28,82 Mio.	16,85 Mio.	58,5 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben (einschl. Auszubildende) (31.12.2015) ⁴	29,35 Mio.	23,15 Mio.	78,9 %
Auszubildende in Betrieben (31.12.2015) ⁵	1,51 Mio.	1,24 Mio.	81,8 %
Selbstständige			
Selbstständige insgesamt 2015 ⁶	4,16 Mio.		
darunter			
Selbstständige in freien Berufen (01.01.2016) ⁷	1,34 Mio.		
Selbstständigenquote insgesamt 2015 ^{6,8}	10,3 %		
nachrichtlich:			
Selbstständige ohne Landwirtschaft 2015 ⁹	3,96 Mio.		
Selbstständigenquote ohne Landwirtschaft 2015 ^{8,9}	10,0 %		
Wirtschaftliche Leistung			
Nettowertschöpfung der Unternehmen 2015 ¹⁰			54,9 %

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Anmerkungen zu den Kennzahlen nach KMU – Definition des IfM Bonn für Deutschland

¹ Alle Angaben beziehen sich auf die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe (WZ A-N, P-S der Wirtschaftszweigsystematik WZ 2008). Ausnahmen sind gekennzeichnet.

² Zahlen des Unternehmensregisters. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufe ohne Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ B-N, P-S der WZ 2008. Seit 2015 ohne „Privatvermietung“ (Teil des Wirtschaftszweigs I Grundstücks- und Wohnungswesen). Abgrenzung der KMU nach Merkmal Beschäftigtenzahl und Umsatzgröße.

³ Zahlen der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen). Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufe ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, d. h. WZ A-N, P-S der WZ 2008. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Umsatzgröße.

⁴ Zahlen der Beschäftigtenstatistik für Betriebe. Abgrenzung der KMB nach Merkmal Beschäftigtenzahl. KMB sind Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten.

⁵ Auszubildende, die mit einem Ausbildungsvertrag nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen.

⁶ Zahlen des Mikrozensus. Alle Wirtschaftszweige insgesamt (WZ A-U der WZ 2008), d. h. jedoch nur einschließlich private Haushalte mit Bedienungspersonal (WZ T), da in der öffentlichen Verwaltung (WZ O) und in den extraterritorialen Organisationen (WZ U) keine Selbstständigen vorhanden sind.

⁷ Zahlen des Instituts für Freie Berufe (IFB) Nürnberg auf Basis von Daten von Berufsorganisationen und Schätzungen auf Grundlage des Mikrozensus.

⁸ Selbstständigenquote = Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen in Prozent.

⁹ Zahlen des Mikrozensus. Alle Wirtschaftszweige insgesamt ohne Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ B-U der WZ 2008.

¹⁰ Schätzung des IfM Bonn. Basisdaten: Umsatzsteuerstatistik. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und freien Berufe ohne Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ A-N, P-S der WZ 2008. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Umsatzgröße.

Die Diagnose Mittelstand und zahlreiche ergänzende Tabellen und Grafiken sind als PDF-Dateien im Internet abrufbar unter:

www.blog.dsgv.de/diagnose-mittelstand-2018

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen-
und Giroverband
Charlottenstraße 47
10117 Berlin

Telefon 030 20225-0
Telefax 030 20225-250
www.dsgv.de

Verantwortlich

Abteilung Kommunikation
und Medien

Daten

Abteilung Volkswirtschaft,
Finanzmärkte und
Wirtschaftspolitik

Text

Abteilung Volkswirtschaft,
Finanzmärkte und
Wirtschaftspolitik

Druck

DCM Druck Center
Meckenheim





www.dsgv.de